III. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG: OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Erscheint wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 8
POSTFACH BAHNHOF - TEL.: SELN. 28 75

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 115 | 29. Oktober 1920 | י"ז חשון תרפ"א | Einzelnummer 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe

Förderung der Landwirtschaft und des Handwerks unter den Juden Russlands.

(Interview der „J.P.Z.".)

Der Vizepräsident der russischen volkssozialistischen Arbeiterpartei und ehemalige Abgeordnete der ersten Duma, Herr Leo Bramson aus Petersburg, der die seit 40 Jahren bestehende Gesellschaft zur Förderung des Handwerks und der Landarbeit unter den russischen Juden (Ort) im Auslande vertritt, Mitglied des Zentralkomitees für die Kriegs- und Pogromopfer Russlands (Jekopo) und jetzt auch der Exekutive der jüd. Welthilfszentrale, hatte die Freundlichkeit in Karlsbad dem Herausgeber der „Jüd. Presszentrale Zürich" gegenüber, folgende Mitteilungen über die wirtschaftliche Lage der Juden in Russland zu machen.

Die Juden Russlands sind infolge des Regimes der Bolschewisten aus den meisten, von ihnen bisher eingenommenen wirtschaftlichen Positionen verdrängt worden, hauptsächlich aus dem Kleinhandel, der Geschäftsvermittlung, wie auch aus allen anderen mit dem Verkehr zusammenhängenden Handelszweigen. Diejenigen Elemente, die ihre Handelspositionen noch erhalten konnten, betreiben nur ungesunden Handel, wie Spekulation und Schmuggel, der abgesehen von der moralischen Sei.., auch kaum Stabilität verspricht. Es besteht deshalb ein grosser, starker Zug nach neuen Betätigungsgebieten, u. zw. hauptsächlich nach Landarbeit, wozu auch noch die sehr schwierigen Ernährungsverhältnisse in den Städten drängen. Ausserdem ist es auch weit vorteilhafter geworden Boden zu bebauen und Gartenprodukte zu erzeugen, die gegenwärtig so hoch in Wert stehen. Die Vertreter unserer Gesellschaft haben unlängst im Nordwesten und Südwesten des ehemaligen Russlands Enqueten veranstaltet und Orientierungsreisen unternommen, wobei sie feststellen konnten, dass Städte und Ortschaften, die früher jüd. Fabrikzentren waren, wie z. B. die Provinz Grodno, jetzt zahlreiche neue, von Juden gepflanzte Gartenanlagen besitzen. In der Provinz Wilna beispielsweise ist die Zahl der sich gegenwärtig in der Landwirtschaft betätigenden Juden auf das sechsfache gestiegen. In Weissrussland sind unter Mithilfe unserer Gesellschaft mehr als 30 jüd. landwirtschaftliche Genossenschaften an den Peripherien der Städte gebildet worden. Die in Nordwest-Russland schon von früher her bestehenden 150 jüd. Kolonien, die vor dem Kriege vernachlässigt und während des Krieges ruiniert worden sind, werden jetzt mit aller Energie wieder neu hergestellt. Als wir daran gingen, in Kiew landwirtschaftliche Genossenschaften für die Pogromopfer und in Odessa eine Lehrfarm für Erwachsene zu errichten, meldeten sich aus allen Ständen 8 mal so viel Personen als wir unterbringen konnten. Diesen Zug nach dem Lande muss man favorisieren und einen praktischen Plan ausarbeiten, zur Versorgung der jüd. landwirtschaftlichen Genossenschaften mit landwirtschaftlichen Werkzeugen, Saat, Pflanzen, Wildlingen, lebendigem Inventar, wie auch landwirtschaftlichen Maschinen, u. zw. durch Gewährung entsprechender Darlehen. Zu diesem Zwecke haben wir eine Ankaufsstelle ins Leben gerufen, die alles erforderliche im Auslande ankaufen und an die Kreditgenossenschaften und die im Bilden begriffenen Rohstoffgenossenschaften weiterleiten wird. Wir sind des ferneren um die landwirtschaftliche Ausbildung und die für praktische Arbeiten notwendigen Instruktionen besorgt, zu welchem Zwecke wir ein agronomisches Personal einstellen, erhalten und wenn nötig ausbilden, in verschiedenen jüd. Zentren Musterwirtschaften, wie auch kurzfristige landwirtschaftliche Kurse einrichten lassen wollen; ausserdem bereiten wir populäre Schriften in jiddischer Sprache über verschiedene Zweige der Landwirtschaft, hauptsächlich für intensive Kulturen, vor.

Was das Handwerk betrifft, so hegen wir grosse Hoffnungen, dass es gelingen wird, dieses bei den Juden zu kräftigen, zumal es jetzt so sehr zurückgegangen ist. In Litauen z. B. ist es jetzt von 33 auf 21 Prozent gesunken. Im Rayon von Odessa hat sich die Zahl der Werkstätten 2 und 3 mal verringert. 75 Prozent der jüd. Handwerksgesellen sind ohne Arbeit. Ja, an vielen Orten verschwindet die jüd. Lehrlingsschaft ganz und gar. Dennoch ist die Lage keine verzweifelte, da gerade jetzt, bei der grossen Nachfrage nach Erzeugnissen der zum Leben notwendigen Gegenstände, die Kleinindustrie bestens gedeihen kann, einerseits weil die Grossindustrie noch durch viele Jahre nicht wird rekonstruiert werden können, anderseits weil der Import ausländischer Fabrikate noch so sehr erschwert ist. Umsomehr Chancen zur Entwicklung besitzt die heimische Produktion. Wir suchen deshalb die bereits vorhandenen Handwerker zu unterstützen, indem wir sie mit Werkzeugen, Rohstoffen und Halbfabrikaten versorgen. All dies wird ausschliesslich auf dem Wege von Genossenschaftsdarlehen besorgt. Beim Ankauf all dieser Gegenstände haben wir stets die technischen Verbesserungen und die Modernisierung der Handgriffe im jüd. Gewerbe im Auge. Zu diesem Zwecke fördern wir auch Musterwerkstätten für erwachsene Handwerker und hegen die Absicht, eine gewisse Anzahl von Instruktoren anzustellen, die in den Privatwerkstätten bessere Methoden vordemonstrieren sollen. Besondere Aufmerksamkeit wollen wir der Einführung neuer Zweige ins jüd. Handwerksleben zuwenden u. zw. unter denjenigen Elementen, die bisher kein Handwerk betrieben haben. Bereits während des Krieges hatten wir solche Versuche gemacht und zu diesem Zwecke 37 Werkstätten gegründet, wie auch die neugegründeten Produktivgenossenschaften in dieser Hinsicht gefördert. Was wir hauptsächlich im Auge haben, ist die Sorge dafür, dass die junge Generation produktive Tätigkeit aufnehmen und sich darin ausbilden soll. Wir verzichten auf kostspielige Gewerbeschulen, die wir in kleinem Masse nur für besondere Fächer benützen werden. Dagegen fördern wir öffent-

liche Lehrwerkstätten, wie auch die Unterbringung der Kinder in Privatwerkstätten, mit gleichzeitiger Errichtung von Patronaten aus Vertretern der Gewerkschaftsvereine, Handwerker und gesellschaftlichen Vereine, die den Gang des Gewerbeunterrichtes zu beaufsichtigen haben. Auch an gewerblichen Abendschulen, Jugendvereinen, Beratungsstellen für Lehrlinge und ähnlichem soll es nicht fehlen. Vielleicht gelingt es dann, die so ruinierte russische Judenheit ökonomisch wieder zu stärken.

Die erste Tagung des Advisory Council.

Der palästinensische Mitarbeiter der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet: Am 6. Okt. wurde die erste Sitzung des Advisory Council von Herbert Samuel eröffnet, der in seiner längeren Eröffnungsansprache über die, von ihm seit seiner vor 3 Monaten stattgefundenen öffentlichen politischen Erklärung, zum Wohle des Landes unternommenen Schritte berichtete. Bezüglich der Nordgrenzen sind die Verhandlungen mit Frankreich noch nicht abgeschlossen. Was die Gebiete östlich des Jordans betrifft, so habe er am 20. August in El Salt die Bedingungen kundgegeben, unter welchen England den Schutz des Landes zu übernehmen gewillt sei. Dies werde die dortigen Verhältnisse in Ordnung bringen, was nicht nur für Transjordanien, sondern auch für Erez Israel segensreich sein wird. Die heutige Versammlung sei nur der erste Schritt zur Entwicklung der Grundlagen der Selbstverwaltung. Die Zahl der britischen Beamten werde allmählich verringert und die betreffenden Stellen durch Palästinenser besetzt. Von der niedrigern Beamtenschaft sind 91 Prozent Palästinenser. Kenntnis der englischen Sprache werde nicht durchwegs gefordert, dagegen müssten die engl. Kreisbeamten unbedingt arabisch können. Das Komitee für die Bodentransaktionen werde hoffentlich bald seine Tätigkeit aufnehmen können. Die Gründung von Hypothekenbanken dürfte bald zustandekommen und stünde er in dieser Angelegenheit in Verbindung mit ausländischen Financiers. Die Eisenbahnen wurden am 1. Okt. von der Zivilverwaltung übernommen. Zum Schutze des Bahnverkehrs vor Elementarereignissen wurden grössere Summen verwendet. Ein umfassender Plan für Wegebauten wurde ausgearbeitet. Zum Kampfe gegen die Malaria wurde ein besonderes Komitee von Fachleuten eingesetzt. Die Regierung erhält jetzt auch 15 Spitäler mit 293 Betten; auch gegen die Viehseuchen wurden Mittel ergriffen. Er sei bestrebt, den Unterricht in den niedern, mittlern und höheren Schulen zu erleichtern. Es wurden Schritte unternommen zur Gründung einer Rechtsschule, damit die Studierenden nicht gezwungen sind ins Ausland zu gehen. Auch die Gründung einer archäologischen Abteilung zur Erforschung und zum Schutze der Altertümer sei überaus wichtig. Für die Entwicklung der verschiedenen Städte wurden Pläne ausgearbeitet. Eine besondere Verordnung gegen die Verunzierung der Gegenden durch Plakate wurde erlassen und tritt am 1. Nov. in Kraft. Die Beschränkungen der Bewegungsfreiheit im Lande sind nurmehr minimal. Die militärischen Einreiseerlaubnisse wurden aufgehoben. Eine Immigrationsabteilung zum Schutze der Einreisenden wurde gegründet. Eine Anzahl von Immigranten, hauptsächlich Juden, sind gelandet und finden Beschäftigung bei den Wegebauten und bei der Bebauung des bisher so vernachlässigten Landes. Ihr Kommen brachte den bisherigen Einwohnern nicht nur keinen Schaden, sondern noch Nutzen, durch Vermehrung und Entwicklung der natürlichen Reichtümer. Dies beweist, dass die Bestrebungen für die Entwicklung des jüdisch-nationalen Heimes auch den nichtjüdischen Einwohnern Nutzen bringen werden. Ein Forstschutzgesetz wurde erlassen, der Fischzoll aufgehoben und die Einfuhrzölle für Baumaterialien von 11 auf 3 Prozent herabgesetzt und die Zeitungszensur aufgehoben. Die erlassene Amnestie blieb nicht wirkungslos und herrsche jetzt Friede und Eintracht zwischen den einzelnen Landesbewohnern.

In der regen Diskussion wurde von den Vertretern aller Konfessionen auf die, für die weitere Entwicklung der Selbstverwaltung so grosse Wichtigkeit dieser Tagung hingewiesen und einzelne Wünsche vorgebracht. Es wurde beschlossen, dass das Advisory Council zweimal monatlich zu Sitzungen zusammentreten soll und die nächste Sitzung für den 9. Nov. anberaumt.

Die Beschlüsse der palästinensischen Delegiertenversammlung.

Die Assefath Haniwcharim hat ihre mehrtägigen wichtigen Beratungen beendet. Da die Sonderwahlen der Orthodoxen anerkannt wurden, nahmen von der zweiten resp. dritten Sitzung an auch die Misrachisten und die Chareidim an den Sitzungen teil, enthielten sich jedoch der Abstimmung über die Kompetenzen der Delegiertenversammlung und des Nationalkomitees. Auf Wiedergabe der überaus interessanten und wichtigen Debatten, die einen Markstein in der Konsolidierung des Jischub in Palästina bilden, müssen wir leider, Platzmangels wegen, verzichten und uns auf Veröffentlichung der gefassten wichtigsten Beschlüsse beschränken. Diese lauten:

Die Delegiertenversammlung ist oberste Instanz für die Ordnung der öffentlichen und nationalen Angelegenheiten des jüd. Volkes in Erez Israel und dessen Bevollmächtigter nach innen wie nach aussen. Die Delegiertenversammlung legte in ihrer ersten Sitzung den Grundstein, zur Bildung der nationalen Autonomie in Erez Israel. Die Delegiertenversammlung wählt aus ihrer Mitte einen nationalen Waad (Nationalkomitee), der gemäss den Beschlüssen der Delegiertenversammlung alle Angelegenheiten der palästinensischen Judenheit leitet und deren Bevollmächtigter nach innen wie nach aussen ist. Dem Nationalkomitee obliegt die Erlangung der Approbierung der Delegiertenversammlung und ihrer Komitees durch die Regierung. Die Delegiertenversammlung setzt ein Budget fest für die Bedürfnisse der Delegiertenversammlung, des Nationalkomitees und seiner Subkomitees, dessen Aufbringung dem Nationalkomitee obliegt. Dem Nationalkomitee wird die Pflicht auferlegt, für die Bedürfnisse des Jischub ein allgemeines Steuergesetz auszuarbeiten, das der nächsten Tagung der Delegiertenversammlung vorzulegen ist. Dem Nationalkomitee obliegt es, Wahlordnungen für die Delegiertenversammlung, die Gemeinden und die Kolonien auszuarbeiten und sie der Delegiertenversammlung vorzulegen. Das Nationalkomitee soll Gemeindestatuten ausarbeiten und vorlegen. Die vom Nationalkomitee ausgearbeiteten Gesetze und Vorschläge müssen einen Monat vor der zweiten Tagung der Delegiertenversammlung in den Zeitungen veröffentlicht werden. Die Delegiertenversammlung muss nicht später als im Monate Ijar zur zweiten Tagung zusammentreten. Die Dauer der jetzigen Delegiertenversammlung wird an dieser zweiten Tagung bestimmt werden.

Die Konferenz der mittel- und osteuropäischen Palästinaämter in Mährisch-Ostrau.

Auf Initiative von Generalsekretär Landman fand vom 14. bis zum 17. Okt. in Mährisch-Ostrau eine, von 30 Delegierten beschickte Konferenz der Palästina-Aemter statt. Landman referierte über den Zweck der Konferenz, die dem Chaos in der Palästinaimmigration steuern soll. Die Gründung der zahlreichen Institutionen zur Durchführung der Einwan-

derung, führte begreiflicherweise zu einem Wirrwarr, da sie alle auf verschiedene Weise und ohne Instruktionen und Zusammenhang mit der Leitung arbeiteten. Er sei von der Exekutive delegiert worden, um diese Arbeit in ein einheitliches Geleise zu bringen. Im Prinzip sollten die Palästinaämter sich nur mit den Palästinawanderern abgeben, was jedoch in der Wirklichkeit bisher nicht möglich war. Hoffentlich wird dies, infolge der gebesserten politischen Lage in Polen, von nun an durchführbar sein. Was Palästina betrifft, so wurde leider die Aufnahmsfähigkeit des Landes desto geringer, je grösser der Auswandererstrom wurde. Auch dort gibt es kein ausreichendes, einheitliches Informationswesen, weshalb der Plan besteht, alle dortigen Arbeitsämter und Informationsbüros zu organisieren und zu vereinheitlichen, was auch in Galuth geschehen müsse. Kein Chaluz darf das Empfinden haben, dass er irgendwo bürokratisch oder von oben herab behandelt wird, zu welchem Zwecke sich die Bildung eines aus Vertretern verschiedener Organisationen zusammengesetzten Beirates bei jedem Palästinaamte empfiehlt. Grundsätzlich sind die Palästinaämter einer Zentrale in Palästina unterstellt, da jedoch diese Zentrale noch nicht geschaffen ist, muss provisorisch das Palästinaamt jedes Landes in materieller Hinsicht auf die betr. zion. Landesorganisation angewiesen bleiben. Die für das erste Jahr kontingentierten 16,500 mittellosen Einwanderer, werden auf die Palästinaämter der einzelnen Länder verteilt werden müssen, welche Anweisungen, sogenannte Empfehlungsbriefe, für die mittellosen Einwanderer erhalten werden. Nur gegen Vorweisung eines derartigen, nummerierten Empfehlungsbriefes, wird das Visum erhältlich sein. Unabhängig von diesen mittellosen Einwanderern wird die Einwanderung, ohne Einflussnahme der Palästinaämter, unbeschränkt sein für die, die dem englischen Konsul nachweisen, dass sie über genügende Mittel für die Reise und für einen Aufenthalt von einem halben oder ganzen Jahr besitzen, oder dass sie Arbeit im Lande haben und dem Lande nicht zur Last fallen werden. Für diese ist den Palästinaämtern jede Verantwortung abgenommen.

Das neue Statut teilt jedes Palästinaamt in drei Ressorts: Verwaltungsressort, Arbeiterressort und allgemeine Abteilung, die sich mit Palästinafahrern befasst, die nicht den arbeitenden Klassen angehören. Die Palästinaämter von Wien, Warschau und Konstantinopel sind als zentrale Aemter auszubauen. Nach genauer Beratung fasste die Konferenz folgende Resolutionen: Kein Auswanderer darf seine Heimat verlassen, ohne alle nötigen Dokumente und genügende Reisemittel. Die Organisierung der Auswanderer bildet einen wesentlichen Bestandteil der Palästinaarbeit, weshalb es notwendig ist, einen Teil der Gelder des Keren Hajessod für die Organisierung der Emigration zu verwenden. Solange die zion. Gelder für die Emigrantenfürsorge nicht ausreichen, muss zur Deckung der Fürsorgekosten auch weiter die bisherige Aufbringungsmethode fortgesetzt werden, wobei Gemeinden und jüd. Hilfsgesellschaften heranzuziehen sind. Die Gründung einer zion. Palästina-Transportgesellschaft oder Umgestaltung der „Maawirim" in eine nationale Palästina-Transportgesellschaft wird gefordert. Des weiteren wurde dem „Joint" für die bisher den Palästinawanderern geleistete Hilfe der Dank ausgesprochen und die Schaffung eines ständigen Emigrationsrates für Zentral- und Osteuropa, der aus Vertretern der drei zentralen Palästinaämter und kooptierten Fachmännern bestehen soll, beschlossen.

Zionistische Kommission nach Palästina.

Sonntag, den 24. Okt. passierte Paris die zion. Kommission, die sich im Auftrag der Exekutive nach Palästina begibt, um die dortige Situation kennen zu lernen. Sie besteht aus den zwei Mitgliedern der Exekutive: Simon und De Lieme und Rechtsanwalt Robert Szold aus New-York. Die Kommission ist von den Sekretären Dr. Sonne und Singer begleitet und wird sich am 27. Okt. in Venedig nach Palästina einschiffen.

Chronik.

Polen.

— Die Truppen des Generals Balachowicz verüben in den meisten von ihnen eingenommenen Orten Pogrome nach Art der in der Ukraine vorgekommenen. Aus zahlreichen Ortschaften werden derartige schauderhafte Einzelheiten gemeldet, dass einem fast das Blut erstarrt. Wir müssen natürlich auf die Wiedergabe der vielen Einzelheiten verzichten und greifen als Beispiel nur eine Stadt, Kamien Kaszurski (Gouvernement Kowel) heraus, da es ähnlich auch in allen anderen Städtchen vorging. Nach den im Jüd. Nationalrat in Warschau befindlichen Protokollen und Berichten gelangten die Truppen Balachowicz' am 14. September nach Kamien. Beim Aufbringen der verlangten Kontribution wurden die das Geld sammelnden Juden mehrfach beraubt und bestohlen. Nach Uebergabe der Kontribution erklärte der Oberst seinen Soldaten: Jetzt unterhaltet euch. Ein Offizier haute der Tochter von Elieser Eisenberg, die sich der Vergewaltigung widersetzte, beide Füsse ab, schnitt ihr die Zunge aus und erschoss sie zusamt ihrem 55 jährigen Vater und 14 jährigen Bruder, worauf er das Haus ansteckte. Scheinbrod aus Warschau wurde aufgehängt, von seinem Chef losgekauft, am nächsten Tage jedoch wieder verhaftet, und als sich herausstellte, dass er s. Zt. Kandidat für den Reichstag war, erschossen. Der 70 jährige Simon Bahr wurde mit Petroleum begossen und angesteckt. In die Wohnungen von Benzion Kartsin und Abraham Endin trieb man 40 jüd. Mädchen zusammen und vergewaltigte sie im Laufe eines ganzen Tages. 30 Thorarollen wurden zerrissen oder verbrannt. Dies alles ist eine stark gekürzte Aufzählung der dokumentarisch festgestellten Grausamkeiten in Kamien. Im Protokoll folgt noch eine Liste der bisher festgestellten Namen der 63 Ermordeten.

— Im Sejm wurden eine Reihe weiterer Interpellationen über die Behandlung und Zurücksetzung der Juden eingebracht, so u. a. von Dr. Thon über den Ausschluss der Offiziere jüd. Nationalität, Hartglas betreffs Entschädigung für die Familien der Ermordeten, Rabb. Halpern über die Judenverfolgungen in Miedzna.

— Nach der Rückkehr Dr. Bogens nach Warschau fand eine Beratung der verschiedenen Funktionäre des J. D. C. statt. Dr. Bogen erklärte, dass die vom Joint erteilte monatliche Subvention stufenweise reduziert werden würde, in der Erwartung, dass die lokalen jüd. Kreise nach Möglichkeit aus eigenen Mitteln die philanthropischen Bedürfnisse decken werden. Auf jeden Fall werde die Reduzierung derart sein, dass sie die Rettungsaktion des Joint nicht in Frage stellen werde. Das J. D. C. hat des weiteren 10,000 Dollars für Beheizungszwecke gewidmet. Besonders energische Tätigkeit wird der Joint bezüglich der Besserung des Gesundheitszustandes und des Kinderschutzes entwickeln. Zum Schluss machte noch Dr. Bogen Mitteilung über verschiedene Personaländerungen, die in der Abteilung des Joint für Polen demnächst eintreten werden.

— Wie die Warschauer Zeitungen berichten, soll Dr. Bogen nach Beendigung seiner Aufgabe in Polen sich nach Palästina begeben, um dort die Arbeiten des Joint zu leiten.

— Laut der „Neuen Freien Presse" führt die polnische Regierung Verhandlungen, wegen Benützung Triests als Aushilfshafen neben Danzig. Die Emigration aus Polen nach Amerika und retour solle über Triest geleitet werden. Auch die Reisebewegung nach Palästina nehme bedeutenden Umfang an und haben sich bisher bei den polnischen Behörden gegen 250,000 Juden angemeldet, die nach Palästina übersiedeln wollen. Die italienische Regierung hat sich bereit erklärt, falls Polen genügend Kohlen liefere, eine grössere Anzahl von Lokomotiven und Waggons zur Verfügung zu stellen und in jeder Hinsicht Polen entgegenzukommen. Bezüglich der Leitung erwähnter Transporte über die Tschecho-Slovakei, Oesterreich und Jugoslavien, sind noch weitere Verhandlungen nötig.

— Bei der Polen in so grosse Erregung versetzenden Abstimmung über die Frage des Senates, stimmten alle jüd. Abg. selbst Rabb. Halpern gegen einen Senat. Nur Rabb. Perlmutter fehlte bei der Abstimmung, u. zw., wie man witzelt deshalb, weil er als voraussichtlicher zukünftiger Senator nicht gut gegen einen Senat stimmen konnte.

— Bis zur Einberufung der nächsten Konferenz wurde von dem Szlome Emune Jisroel ein Präsidium und ein Exekutivkomitee eingesetzt, die die Aguda-Tätigkeit in Polen leiten sollen. Vorsitzender ist der Gerrer Rabbi, Vizepräsidenten die Rabbis von Radzin und Sokolow, Mitglieder die Rabbiner von Ostrowo, Worke und Grize.

— Der Direktor der „Hias", Masel, hat Polen verlassen, um nach Amerika zurückzukehren.

— Zu den zahlreichen, in Polen verbotenen ausländischen Zeitungen, gehört auch das „Israelitische Wochenblatt für die Schweiz".

Litauen.

(Polnisches Okkupationsgebiet.)

— Das Komitee der Jüd. Delegationen erhielt genaue Protokolle und Dokumente, aus denen hervorgeht, dass die Truppen Zeligowskis in Wilna Pogrome veranstaltet haben, die vom 9. Okt. bis 11. Okt. dauerten. Die Banditen trugen in der überwiegenden Mehrzahl polnische Uniform. Soweit man aus den ersten Protokollen bisher ersehen kann, wurden 6 Juden ermordet, 6 sehr schwer verletzt, eine grosse Anzahl durch Misshandlungen verletzt; überdies kamen bis jetzt 52 Fälle von Raub und 1 Fall von Thoraschändung zu Protokoll.

Südrussland.

— Das Komitee der Jüd. Delegationen in Paris erhält fortgesetzt alarmierende Nachrichten, über die fortwährende Pogrom-Bedrohung der jüd. Bevölkerung in den von Wrangel okkupierten Gebieten. Ausser zahlreichen offiziellen Persönlichkeiten ist es vor allem der orthodoxe Klerus, der in letzter Zeit unter der christlichen Bevölkerung Aufrufe verbreitet, die zu Judenmassakers aufreizen, mit der bereits berüchtigten Motivierung, alle Juden wären Bolschewisten und alle Bolschewisten Juden. Auf die erfolgte Intervention Maklakows, des russischen Gesandten in Frankreich, derartige Pogrompropaganda könne Russland in politischer Hinsicht schaden, erklärte Wrangel, dem Klerus gegenüber machtlos zu sein; Maklakow möge selbst versuchen auf den Erzbischof Boulgakow, den neuen Chef der antisemitischen Bewegung, einzuwirken, die pogromistischen Umtriebe des Klerus zu zügeln. Die Demarche Maklakows beim Erzbischof blieb jedoch erfolglos. Boulgakow übt weiter seinen unheilvollen Einfluss aus und der Klerus setzt ungestraft seine Pogromagitation fort. Der famose Erzbischof Wostokow hält blutrünstige Reden vor grossen Massen. Laut den Sebastopoler „Juschnija Wjedomosti" haben nach Anhörung einer solchen Hetzrede die Massen ausgerufen „der 14. soll der Tag der Sühne sein". Für wann ist also der Pogrom angesetzt? Wrangel selbst unternimmt absolut nichts, um die verbrecherischen Leiter dieser Propaganda zu bestrafen noch die Pogrome zu verhindern, sondern umgibt sich vielmehr mit den finstersten Reaktionären, die eine immense Gefahr bilden, sowohl für die Juden, als auch für die Zukunft Russlands.

Rumänien.

— Die von 30 Delegierten beschickte Lehrerkonferenz in Rumänien fasste Beschlüsse über Verbesserung der moralischen und materiellen Lage der jüd. Lehrer, die durch das Unterrichtsministerium erfolgen soll. Eine Abordnung solle diesem die Wünsche der jüd. Lehrerschaft unterbreiten. Ein Lehrerfonds wurde geschaffen.

Ungarn.

— Die Ermordung des jüd. Weinhändlers Landau durch einen Geschäftskonkurrenten, den Vater eines Führers eines der berüchtigten Militärdetachements, und die durch Offiziere verübten vorhergegangenen furchtbaren Folterungen sind nun doch im Abgeordnetenhaus durch den Abg. Ruppert zur Sprache gebracht worden, und lösten einen Schauer der Entrüstung aus. Ministerpräsident Teleki stellte eine strenge Strafuntersuchung in Aussicht, was jedoch anscheinend nicht nach dem Geschmack der Nationalversammlung ist, da es heisst, dass Teleki im Zusammenhang mit dieser Affäre zurücktreten soll.

Deutschland.

— In den Zentralrat der Agudas Jisroel wurden von der deutschen Landeszentrale gewählt: Rabb. Dr. Auerbach (Halberstadt), Rabb. Dr. Pinchas Kohn (Ansbach) und Rabb. Dr. Klein (Nürnberg), in den rabbinischen Rat Rabb. Dr. Breuer (Frankfurt a. M.) und Prof. Dr. Hoffmann (Berlin).

Die deutsche Landesorganisation hat den Kriegswaisenfonds veranlasst, möglichst viele Waisenkinder aus der Ukraine nach Erez Israel zu verpflanzen, zu welchem Zwecke in allen Ländern Sammlungen veranstaltet werden sollen. Für diesen Zweck stehen dem Schweiz. Kriegswaisenfonds 40,000 schweizer. Franken zur Verfügung; ausserdem sind neuerdings weitere 40,000 Franken ungenannt gespendet worden.

— R — Auch im Gerichtssal ist der Antisemitismus immer wieder Gegenstand von Verhandlungen. Vergangene Woche hatte sich ein Rittergutsbesitzer und Rennstallbesitzer zu verantworten, der im Palais de Danse in der Garderobe einen Besucher attakiert hat mit dem Ruf: „Sämtliche Juden den Hut abnehmen, — ein preussischer Oberleutnant kommt durch!" Der Attakierte, der gar nicht Jude ist und von dem Oberleutnant noch heftig beschimpft und geschlagen wurde, hat die Klage überreicht, und der Angeklagte wurde zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. — Ein interessanter Prozess ist die Klage des berüchtigten antisemitischen Schrifstellers Dr. Arthur Dinter gegen den Redakteur des „Berliner Tagblattes" Dr. Leonhard Birnbaum. Dinter hat einen blutrünstigen antisemitischen Kolportageroman unter dem Titel „Die Sünde wider das Blut" veröffentlicht, der bereits eine Auflage von 200 000 Exemplaren erlebt hat. Dieses Buch war von dem Angeklagten als Pamphlet bezeichnet worden, das mit Fälschungen aller Art arbeitet und schlimmster Geschäftsantisemitismus sei. Der Prozess wurde bei der ersten Verhandlung vertagt, damit die Richter das Buch lesen können; als Sachverständiger soll der bekannte Theologe Professor Dr. Strack geladen werden.

— R — Der „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" hat in Berlin eine Versammlung einberufen, in der Geistliche aller Konfessionen über den Antisemitismus sprechen sollten. Die Versammlung war so überfüllt, dass eine Parallelversammlung veranstaltet werden musste. Es sprachen die evangelischen Pfarrer Dietrich und Bittlinger sowie Rabbiner Baeck. Da der katholische Vertreter am Erscheinen verhindert war, wurde eine Aeusserung des hessischen Justizministers Brentano-Tremezzo verlesen. Sämtliche Redner wandten sich gegen den Antisemitismus, den sie als unchristlich bezeichnen, und traten für eine Versöhnung der Religionen ein. — Bedauerlich ist nur, dass das Publikum der Versammlungen fast ausschliesslich jüdisch war.

— R — Die Gründung einer Ortsgruppe des „Oberschlesischen Antisemitenbundes“ in Tarnowitz wurde von dem englischen Kreiskommandanten, Major Cassels, verboten.

— R — In der „Zukunft“ vom 23. Okt. schreibt Maximilian Harden, nach Schilderung der Greueltaten der Petljurabanden und Horthy-Buben, nach Zitierung einwandfreier Quellen, in einem Appell an den Völkerbund: „Schläft der Hohe Rat des Völkerbundes? ... Weckt ihn nicht, endlich, die Grossmacht der von Juden beherrschten, von Juden bedienten Presse, deren Wahn, durch feiges Verschweigen des Ostjudenleides sich Ruhe erkaufen zu können, längst als eitel erwiesen ward?“

— R — Bei einer vom Hapoel Hazaïr, Berlin, einberufenen öffentlichen Versammlung wurde nach den Referaten von Dr. Robert Weltsch, Zwi Buchman (Palästina) u. V. Ch. Arlosorow eine Resolution angenommen, die gegen Einschränkung der Einwanderung arbeitswilliger Chaluzim sowie gegen die Kürzung des Budgets für die landwirtschaftliche Arbeit in Palästina, insbesondere die Kwuzoth, protestiert und im Sinne der Resolution des palästinensischen Waad Hasmani an das Volk appelliert, mit grösster Schnelligkeit die erforderlichen Geldmittel aufzubringen, damit nicht die nationale Position im Lande aus materiellen Gründen zusammenbricht.

Frankreich.

Ueber neue Verhandlungen zwischen Litauen und dem Komitee der Jüdischen Delegationen.

J. - In Paris weilt derzeit eine Deputation des litauischen Sejms, die in die Hauptstädte Europas geschickt wurde, um die Rechte Litauens zu verteidigen. Sie besteht aus vier Mitgliedern, die die 4 Parteien des litauischen Landtages vertreten, Abbé I. Staugaitis, Vertreter der christlich-sozialen Partei, Dr. Soloweitschik, Minister für jüd. Angelegenheiten, M. Slezevicius, früherer Ministerpräsident und Vertreter der volkssozialistischen Partei und Prof. V. Scepinskis, Vertreter der sozialdemokratischen Partei und früher litauischer Gesandte in London. Das Komitee der Jüd. Delegationen hat diese Herren zu einer gemeinsamen Besprechung und zugleich auch zur Begrüssung des litauischen Staates, als desjenigen, welcher die jüdische Vollberechtigung zu verwirklichen beabsichtige, eingeladen, die am 20. Okt. stattfand. Nach einer Begrüssung durch Sokolow, der die Sympathien des Komitees für den Staat, der die Pariser Deklaration vom 5. August 1919, in der den Juden volle nationale Autonomie zugesichert wurde, unterschrieben hat, dankte der Vorsitzende der Delegation, Abbé Staugaitis, im Namen des litauischen Sejms dem Komitee und sprach die Versicherung aus, dass die jüd. Vollberechtigung in Litauen verwirklicht werden und dass es eine jüdische Frage dort nicht geben wird.

Das Mitglied des K. d. J. D., Dr. S. Rosenbaum, Präsident des Jüd. Nationalrates in Litauen, erklärte hierauf, er habe soeben vom litauischen Minister des Aeussern, Dr. Purickis, und ebenso von den Führern der drei grössten litauischen Landtagsparteien in zwei offiziellen Briefen die Erklärung erhalten, dass die Prinzipien der Pariser Deklaration vom 5. Aug. 1919 in der in Ausarbeitung begriffenen litauischen Konstitution werden verwirklicht werden. In der darauffolgenden Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, dass die Gewährung der jüdischen Vollberechtigung und der Autonomie in Litauen, welche ohne Druck und aus eigener Initiative der litauischen Staatsmänner erfolgt ist, einen Markstein in der Geschichte beider Völker und ein historisches Verdienst der Führer des litauischen Volkes bilde. Sämtliche litauische Vertreter erklärten, dass in Litauen zwischen Juden und Litauern immer die besten Beziehungen bestanden haben und dass die Deklarationen und rechtlichen Formulierungen nichts anderes als ein Ausdruck dieser Beziehungen seien. Die gegenseitige Aussprache liess keinen Zweifel mehr aufkommen, dass Litauen die Minderheitsrechte in der Tat durchführen werde. Andererseits wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass die Zusicherung der jüd. Vollberechtigung und deren Verwirklichung dem litauischen Volke die Sympathien und Unterstützung der gesamten Judenheit sichern kann.

— In Nordwestfrankreich und im Elsass befindet sich derzeit eine grössere Anzahl ostjüd. Flüchtlinge. Die Exekutive der jüd. Welthilfsorganisation hat die Initiative ergriffen zur Schaffung von Arbeitsfürsorgestellen in Frankreich für diese Flüchtlinge und hat bereits eine Sitzung von auf diesem Gebiete sachverständigen und lange Zeit in Frankreich wohnenden Personen der jüd. Gesellschaft einberufen. Das Arbeitsfürsorgeamt in Deutschland wurde von dieser Aktion verständigt und es dürfte in kurzer Zeit ein Zusammentreffen zwischen Delegierten der jüdischen Arbeiterfürsorge in Berlin und des neuen Komitees stattfinden.

— Unter dem Ehrenvorsitz des Grossrabbiners Israel Lévi und des Barons Edmond Rothschild und unter Vorsitz von Oberst Meyer hat sich in Paris ein Komitee gebildet, zwecks Schaffung eines Heimes für die zahlreichen, Paris passierenden jüd. Emigranten. In den nächsten Tagen wird ein provisorisches Heim für 200—250 Personen eröffnet werden.

Paris, 24. Okt. — J — Mit dem Zuströmen ostjüdischer Flüchtlinge nach Frankreich und auch nach Paris macht sich in rechtstehenden Zeitungen eine heftige antisemitische Kampagne bemerkbar. Es wurden von der Polizei auch Razzien im Judenviertel veranstaltet.

Dr. Bogen, der Direktor des Joint Distribution Committee für Polen weilte einige Tage in Paris, von wo er sich wiederum nach Litauen und Polen zurückbegibt.

Leo Motzkin, der Generalsekretär des Komitees der Jüd. Delegationen und Vorsitzender der Exekutive der Welthilfszentrale ist zum Zwecke wichtiger Besprechungen für einige Tage nach London abgereist.

Das Organ der russischen Kadetten „La Cause Commune“ veröffentlicht einen Leitartikel von Burzew, worin dieser gegen die vor allem in der „Times“ erhobene Beschuldigung protestiert, dass der Zarenmord in Jekaterinburg ein Werk der Juden sei. Aus den ausführlichen Protokollen des derzeit in Paris befindlichen Untersuchungsrichters in dieser Angelegenheit weist Burzew nach, dass damals unter den 28 Mitgliedern des Jekaterinburger Soviets nur 2 Juden waren und dass von den Beteiligten am Morde nicht als von Juden gesprochen werden kann. Die russischen Kadettenkreise in Paris, die General Wrangel unterstützen, machen ihn auch darauf aufmerksam, dass eine weitere Pogrompropaganda ihm in Europa grossen Schaden zufügen würde.

Italien.

Triest, 26. Okt. (Telegramm.) Auf Aufforderung der Konferenz der italienischen Zionisten, die entrüstet ist über die Leiden der Chaluzim, welche bei dem jetzigen kalten Wetter ohne Obdach und entsprechende Küche in Triest sich stauen, traf Generalsekretär Landman am 25. in Triest ein und intervenierte bei der Direktion des Lloyd. Der zur Inspektion herbeigerufene Kommissär versprach vorläufige Besserungen, sowohl was Obdach und Speiseversorgung betrifft. Permanente Besserung ist jedoch ohne gesichertes Budget für die Emigration unmöglich.

Triest, 24. Okt. - S. - Vom 19. bis 23. Okt. haben sich in Triest 820 Personen nach Palästina eingeschifft. Fast alle Auswanderer klagen über Art und Weise, wie die Emigration von den verschiedenen Stellen organisiert ist, vor allem über den unfreiwilligen mehrwöchigen Aufenthalt in Wien. Auch bei der Beschaffung der notwendigen Valuta erleiden die Flüchtlinge bei ihrem Aufenthalte in Wien grossen Schaden. Das Wiener Palästinaamt sollte auch die Beschaffung der fremden Zahlungsmittel in seine Hand nehmen. All diese Uebelstände würden vermieden, wenn die Palästinafahrer ihre Pässe, Visa und dergl. nicht in Wien, sondern in Warschau, Prag usw. besorgen würden. Auch bei der vom 17.—19. ds. in Triest abgehaltenen Konferenz der Zionisten Ita-

liens, nahmen die Beratungen über die Palästinaeinwanderung breiten Raum ein.

— Ueber das Auswanderungselend in Genua berichtet der L.-Korrespondent der „J.P.Z.“: Genua war in den letzten 4 Monaten von jüdischen Auswanderern, namentlich aus Ungarn, zahlreich besucht. Man konnte häufig Familien von 5—10 Personen umherziehen sehen, die grösstenteils aus gutem Hause und gut gekleidet, doch gänzlich unbemittelt waren. Sie mussten oft, mit ihren kleinen Kindern am Arme, sich am Abend unter freiem Himmel einen harten Stein als Bettlager suchen. Leider empfanden nur wenige Personen der mehr als 3000 Seelen zählenden jüd. Gemeinde Genuas ehrliche Scham über das Elend ihrer armen Brüder aus dem Osten, während sie selbst in ihrem Reichtum prassen. Namentlich Cav. Tobia Pavia nahm sich der Flüchtlinge besonders an. Der Circolo Israelitico, neben der Nationalfondskommission die einzige jüd. Institution Genuas, wurde von Herrn Pavia zusammengerufen und ein aus einigen einflussreichen Persönlichkeiten zusammengesetztes Hilfskomitee eingesetzt, das sofort an die Arbeit ging. Es gelang dann auch einigen Damen nach mühevoller Arbeit durch Haussammlungen eine, wenn auch nicht grosse Summe aufzubringen, die vorderhand genügt, um die notleidenden Durchwanderer vor dem Verhungern zu schützen. In zahlreichen Fällen war neben materieller, auch moralische Unterstützung zu leisten, da die meisten Durchwanderer der Landessprache unkundig sind. Da die geringen Mittel bald zu Ende gehen dürften, wäre es Sache der jüd. Oeffentlichkeit sich für die zwei Emigrationskomitees in Italien — in Genua und Triest — zu interessieren.

England.

— Im Unterhause interpellierte Ormsby-Gore, welche Fortschritte bei der Konzeption des Mandates über Palästina gemacht worden seien, und ob die englische Regierung den Alliierten und dem Völkerbundsrate deutlich erklärt habe, dass England nur dann das Mandat annehmen werde, falls in dieses die Bedingungen der Balfour-Deklaration, wie sie im türkischen Friedensvertrage bestimmt sind, inkorporiert werden. Des weiteren betraf seine Anfrage die Grenzen Palästinas. Namens der Regierung erklärte Chamberlain: Man hofft das Mandat in Bälde dem Völkerbundsrat vorlegen zu können. Allen interessierten Parteien ist genügend klar gemacht worden, dass die englische Regierung bei Annahme des Mandates die Absicht habe, die Balfour-Deklaration durchzuführen. Ueber die Grenzfrage sei es noch zu früh, öffentliche Erklärungen abzugeben, bevor die Grenzen endgültig bestimmt worden sind.

— Wie verlautet, soll Sir Alfred Mond, der jetzige Minister für öffentliche Arbeiten, demnächst auf einen anderen hohen Regierungsposten, der mit jüd. Interessen zusammenhängt, berufen werden. Die Annahme liegt wohl nahe, dass es sich wahrscheinlich um ein Amt in Palästina handelt.

— In London fand vorige Woche eine vom Verband der ukrainischen Juden in England einberufene Hilfskonferenz statt, an der gegen 40 Vereine, Organisationen und Synagogen-Vertretungen Englands sich beteiligten. Auf den mehrtägigen Sitzungen wurden erschütternde Berichte über die Lage der Juden in der Ukraine erstattet. Die Konferenz fasste eine Reihe wichtiger Entschlüsse, vor allem hinsichtlich der Vereinheitlichung der Hilfsarbeit in der Ukraine, wobei der Verband auch der leidenden Juden in anderen Ländern sich annehmen soll, soweit ihm dies seine Hilfsmittel gestatten. Ein Komitee, in dem die tätigsten und einflussreichsten Juden Englands, Westler und Oestler vertreten sind, soll die weitere Arbeit leiten.

Türkei.

— Der Emigrantenstrom in Konstantinopel wächst täglich; hauptsächlich kommen Flüchtlinge aus Südrussland und dem Kaukasus, letztens auch sephardische Juden, die vor den Banden Khemal Paschas flüchten. Mehr als 1000 Emigranten harren auf Einschiffung nach Palästina.

— Die russischen Zionisten in Konstantinopel haben eine neue zionistische Vereinigung „Kadima“ gegründet, die der zion. Föderation des Orients angegliedert ist.

Griechenland.

— Zum Chachambaschi von Saloniki dürfte der bekannte Misrachist und Oberrabb. von Jaffa, Rabbi Benzion Uziel, gewählt werden.

Amerika.

— In Amerika werden letztens erneut Anstrengungen unternommen, um doch die amerikanische Regierung zu bewegen, Massregeln gegen die unerhörten Drangsalierungen der Juden in Osteuropa zu ergreifen. Grosse Demonstrationsversammlungen in New-York werden geplant. Dr. Bichler, Präsident des Verbandes der ungarischen Juden, verweist in einer öffentlichen Erklärung darauf, dass selbst die grössten Protestversammlungen wirkungslos geblieben sind, weshalb er vorschlägt, dass eine Delegation von 50,000 Juden in stummem Vorbeimarsche vor dem Weissen Hause in Washington demonstrieren soll. Schon der allgemeinen menschlichen Zivilisation wegen müsste sich die amerikanische Regierung der Sache annehmen. Bichler verlangt die Organisierung aller Landsmannschaften unter der Aegide des jüd. Kongresses. Auch der „Perez“ Schriftstellerverein hat eine Konferenz in dieser Angelegenheit einberufen, die von mehr als 300 Delegierten verschiedener Körperschaften beschickt war. Sie beschloss vor allem mehr Aufmerksamkeit der nichtjüd. Presse Amerikas zu schenken. Die jüd. Journalisten müssten diese genauestens über die entsetzliche Lage der Juden informieren und erwirken, dass sie der christlichen Bevölkerung in häufigen Artikeln darüber Aufklärung gebe. Man solle auch mit allen grossen Arbeiterorganisationen in Verbindung treten, damit diese gegen die Judenmetzeleien Stellung nehmen. Ausserdem sollen kleinere Strassenumzüge veranstaltet werden, bei denen grosse Plakate mit den täglich einlaufenden Berichten über Judenmetzeleien, unter Angabe der Quelle und der Namen, herumgetragen werden. (Ueber die diesbz. Tätigkeit des jüd. Kongresses siehe „J.P.Z.“ Nr. 114.)

— Felix Warburg hat gleich nach seiner Rückkehr nach Amerika die allgemein verbreiteten Gerüchte, er hätte in Europa Verhandlungen gepflogen, um womöglich die jüd. Einwanderung nach Amerika einzudämmen, aufs energischste dementiert. Eine derartige Tat in der jetzigen kritischen Zeit würde er geradezu als verbrecherisch bezeichnen.

— Dr. Benderli, der im Auftrage der American-Palestine Company, (s. „J.P.Z.“ Nr. 93) in Palästina weilte um dort für erwähnte Gesellschaft Industriemöglichkeiten zu studieren, kehrte am 25. Sept. mit der Mauretania nach Amerika zurück. Jedem Enthusiasmus abgeneigt, erklärte Benderli, dass Palästina ein Land unbegrenzter Möglichkeiten sei. Die politische Lage habe sich bedeutend gebessert und die Beziehungen zwischen Arabern und Juden seien zufriedenstellend, dank der klugen taktischen Führung Samuels. Die 700,000 Araber haben bisher nicht mehr als 10 Prozent des Bodens kultiviert und haben auch jetzt kein Verlangen nach weiterem Land. 80 Prozent des Landes sind unbebaut und harren der Kultivierung durch Juden. Um eine Industrie zu schaffen, muss man in kleinem Masstabe beginnen. Die Haupt-

sache seien Menschen und könne das Grosskapital einstweilen dort nicht viel leisten. Gesetze gegen jede Spekulation wurden erlassen, sodass eventuelle Schieber wenig Erfolg in Palästina haben dürften. Pläne für die weitere Zukunft können jetzt wohl kaum gemacht werden. Man müsse nur Pläne für das erste Jahr ausarbeiten und sie durchzuführen trachten, und erst dann weitergehen.

Zionistische Jahreskonferenz. Die Jahreskonferenz der amerikanischen Zionisten wurde nach Buffalo für den 25.—28. November einberufen.

— Die Jahreskonferenz des amerikanischen Misrachi wird in Baltimore vom 8.—11. November stattfinden.

— Dr. Leon Slonimski aus Wilna, ein bekannter Journalist und Herausgeber des „Hachajim" ist in New-York eingetroffen.

Kanada.

— In Kanada treffen letztens sehr zahlreich jüd. Immigranten aus Osteuropa ein. Solange diese Einwanderung noch gering war, schaute der Einwanderungskommissär durch die Finger und hatten die Immigranten keine allzugrossen Schwierigkeiten bei der Einwanderung. Sobald sich jedoch die Einwanderung verstärkte, begann man auf sie mit scheelen Augen zu blicken. Während Kanada sonst zur Bearbeitung sehr zahlreich zur Verfügung stehender Ländereien Einwanderer bedarf und Minister Calder in eigener Person sich unlängst nach England begab, um die englischen Erd- und Kohlenarbeiter zur Einwanderung nach Kanada zu ermutigen, werden die jüd. Immigranten, die sich fast ausschliesslich in den Städten niederlassen wollen, als unerwünschte Elemente betrachtet und nach Möglichkeit schikaniert. Ein altes Gesetz, das jedes Einreisevisum nach Kanada für ungültig erklärt, falls die Einwanderer irgendwo eine Unterbrechung ihrer Fahrt haben eintreten lassen, muss dazu dienen, den jüd. Einwanderern Schwierigkeiten im Land zu bereiten. Die Einwanderer, denen die Existenz dieses Gesetzes unbekannt ist, erklären selbst offen, dass sie an verschiedenen Orten und Ländern Halt gemacht haben — und das muss ja bei den heutigen Reiseschwierigkeiten fast immer geschehen — worauf sie am Landen verhindert und zurückgeschickt werden. Es wird also den Einwanderern dringendst geraten, ja nicht Erwähnung einer irgendwo eingetretenen Unterbrechung ihrer Reise zu tun.

Auch an Institutionen, die sich in erster Zeit der Einwanderer annehmen würden, fehlt es noch, da eine Institution wie die New-Yorker „Hias" in Kanada vorerst noch nicht existiert. Erst letztens wurde eine Immigrant-Society in Montreal gegründet, die bereits Abteilungen in Toronto und Winnipeg hat, sowie ständige Vertreter am Hafen von Quebeck und seit ihrem kurzen Bestehen bereits viel erspriessliche Arbeit geleistet hat. Auch die Immigranten, die Kanada nur als Durchfuhrland betrachten und nach den Vereinigten Staaten gelangen möchten, begegnen grossen Schwierigkeiten. Man hofft, dass es der „Hias" in New-York gelingen wird, für diese Erleichterung ihrer Einreise nach den Vereinigten Staaten zu erwirken.

Erez Israel — Palästina.

— Samuel beendete die Reihe seiner Inspektionen im Lande, wobei er die hauptsächlichsten 11 Städte und 24 muselmanische und christliche Dörfer und jüd. Kolonien besuchte. Ausser Bersheba, das er später besuchen will, durchquerte er das ganze Land und wurde überall mit grosser Begeisterung empfangen.

— Samuel besuchte am 13. Oktober die Institute der Pekidim und Amarkalim, wobei er von Rabbiner Horowitz empfangen wurde.

— Am ersten Sukkothtage betete Samuel in der Synagoge der Bucharengemeinde, wo er auch mit Ethrog und Lulow am Umzuge teilnahm. Nachher besuchte er die Sukkoh des Bucharenrabbiners, wo er die Bucharentracht mit Mütze anlegte und in einer Ansprache an die Schüler der Bucharen-Talmud-Thora dem Wunsche Ausdruck verlieh, sie möchten ihre Tracht nie mit der europäischen vertauschen. Er bedauere sehr, noch immer nicht hebräisch sprechen zu können, da die Ordnung der Palästina-Angelegenheiten schwierig sei und ihm bisher noch zu wenig freie Zeit für genügendes Studium der hebräischen Sprache gelassen habe. Er hoffe, dass er das Hebräische noch im Laufe des Jahres erlernen werde. Zu Mittag weilte dann Samuel bei Ussischkin.

Die Normalspurbahn Jerusalem-Tel-Awiw-Jaffa, wurde am 5. Oktober dem allgemeinen Verkehr übergeben.

— Am 20. Oktober wird in Jaffa eine grosse landwirtschaftliche Ausstellung, verbunden mit Pferdekonkurrenzen, stattfinden.

— In Beantwortung der Neujahrswünsche der Kolonisten aus Sichron Jakob erklärte Baron Edmond Rothschild, in allernächster Zeit nach Palästina kommen zu wollen.

— Laut Meldung des „Hapoel Hazair" vom 8. Oktober kamen in den letzten 10 Tagen insgesamt 800 Personen nach Jaffa.

— Der „Doar Hajom" vom 14. Oktober veröffentlicht ein von Michlin entworfenes hebräisches Morse-Alphabet.

— An den Sukkoth-Zwischenfeiertagen wurden in allen Synagogen Jerusalems feierliche Gottesdienste, an denen auch Schofar geblasen wurde, für die jüd. Pogromopfer in der Ukraine und Polen abgehalten.

— Zum Zwecke der Fürsorge für die Touristen hat die Regierung ein besonderes Komitee, unter Vorsitz des Bezirkssekretärs Windham Deedes eingesetzt. Das Komitee soll dafür sorgen, dass den im Frühjahr 1921 erwarteten Touristen, Gasthäuser zur Verfügung stehen, wie auch für Bau von Gasthäusern in den nächsten Jahren, für Reiseerleichterungen, Touristenpropaganda und Reiseführer.

— Der in Haifa erscheinende „Karmel" nimmt in einem Artikel scharf Stellung gegen das nichtgewählte, sondern vom Oberkommissär ernannte Advisory Council. Man dürfe nicht vergessen, dass auch Samuel Zionist sei.

— Seit dem ersten Oktober enthalten die Bahnfahrkarten auch hebräische Aufschriften.

— Am 6. Oktober landeten 200 Chaluzin im Jaffa.

— Prof. Jahuda ist am 8. Oktober in Jersusalem eingetroffen.

— Nach längerer Unterbrechung hat das hebräische Theater in Jerusalem wieder seine Tätigkeit aufgenommen.

— Der Dichter David Schimonowitz, kehrte nach mehrjährigem Aufenthalte in Ost- und Zentraleuropa nach Jaffa zurück. Laut seinen Aussagen beruht die Nachricht vom Tode des bekannten Schriftstellers Eleasar Steinmann auf Unwahrheit.

— Der bekannte Misrachiführer Bublick hat am 31. September Jerusalem verlassen, um nach Amerika zurückzukehren. Während zweimonatlichen Aufenthaltes in Palästina durchquerte er das ganze Land und sandte an die von ihm vertretene Zeitung gegen 40 Artikel.

— Soeben ist der 5. Band des grossen hebräischen Wörterbuches von Ben Jehuda erschienen. Preis 1 Pf.

Schweiz.

Die Zürcher Einbürgerungsfrage.

Die Vorlage des Zürcher Stadtrates betreffs Beschränkung der Einbürgerung von Ostjuden wurde vom Grossen Stadtrat einer aus 11 Personen bestehenden Kommission zur Begutachtung überwiesen. Die Kommission hat mit 5 pro und 5 contra mit Stichentscheid des Präsidenten dem Grossen Stadtrat empfohlen, von der Vorlage Vormerk zu nehmen. Die Kommissionsmehrheit besteht aus 4 Freisinnigen, einem Demokraten und einem Grütlianer. Die Kommissionsminderheit, bestehend aus 4 Sozialdemokraten und einem Chrsitlichsozialen (Katholik) fordert den Grossen Stadtrat auf, keine Ausnahmen aus Rücksicht auf Konfession, Geburtsort oder politische Ueberzeugung zu machen.

Die Vorlage wird im Grossen Stadtrat am Mittwoch, den 3. Nov. um 5 Uhr nachm. behandelt werden. Referent der Kom-

missionsmehrheit ist der Kommissionspräsident Prof. Spühler, Referent der Kommissionsminderheit ist Dr. David Farbstein, Mitglied des Grossen Stadtrates.

— Auf der am 24. Oktober in Baden stattgefundenen Landeskomiteesitzung des Schweizer. Zionistenverbandes berichtete Sekretär Dr. Schabad über die durch die Ferien und die darauffolgenden Feiertage erschwerten Arbeiten des Verbandes. Die Organisierung der Arbeit seitens der Leitung in London liess zu wünschen übrig. Eine der wichtigeren Arbeiten war die Einberufung einer Konferenz, zwecks Gründung einer Hilfsaktion für die jüd. Durchwanderer. Aufgabe der heutigen Sitzung sei vor allem die Sanierung der Verbandsfinanzen und Organisierung der Sammlungen für den Keren Hajessod. In der Diskussion wird die Leitung in London vor allem von A. J. Rom und Feller (Bern) äusserst scharf angegriffen. Bei Besprechung der finanziellen Lage des Verbandes, verlangt Verbandspräsident Dr. Brunschwig, dass die anwesenden Vertreter sich verpflichten, das nötige Geld aufzubringen, da die Vereine ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. W. Simon ist für Auflösung der jetzigen Vereine und Gründung einer schweizerisch-zionistischen Gesellschaft. A. I. Rom meint, der Zionismus sei eine Volksbewegung und jeder der sich zu ihm bekennt gleichberechtigt, auch wenn er nicht zahlt. Aberson verlangt einen konkreten Plan seitens der Verbandsleitung. Wir seien in erster Reihe ein politischer Verband und keine Sammelstelle. Es wird der Beschluss gefasst, dass die Vereine verpflichtet sind, bis Ende November eine genaue Mitgliederliste dem C. C. einzusenden. Die Beträge müssen zur Hälfte spätestens bis Chanuka eingezahlt werden. Die ihren Pflichten nicht nachkommenden Vereine werden auf der nächsten C. C. Sitzung zur Streichung als Verbandsmitglieder vorgeschlagen werden. An Stelle des abwesenden Delegierten, M. Levy berichtet Dr. Schabad in kurzen Worten über die Londoner Konferenz, wonach Messinger und Feller die Forderung nach Zusammentritt des Kongresses erhoben. Es wird beschlossen, energisch für den Keren Hajessod weiterzuarbeiten, für den bisher in der Schweiz ca. 25 000 Franken aufgebracht worden sind.

— Am 31. Oktober findet in Luzern der Delegiertentag der Misrachilandesorganisation statt. Die Beratungen, zu denen Vertreter aus der ganzen Schweiz erwartet werden, werden in der Pension Rosenblatt abgehalten. Neben den Berichten über die Tätigkeit, Finanzen, Winterarbeit etc. wird der Präsident der Misrachilandesorganisation, A. I. Rom ein, sicherlich auch weitere jüd. Kreise interessierendes Referat: „Die Stellung des Misrachi zu den aktuellen jüd. Fragen“ erstatten. Abends findet ein von der Luzerner Gruppe veranstalteter Vortrag zweier auswärtiger Redner mit anschliessender Diskussion statt.

— Der Hilfsverein für jüd. Lungenkranke in der Schweiz legt Wert darauf der weitesten Oeffentlichkeit bekannt zu geben, dass in Davos nur ein einiges jüdisches Sanatorium besteht und zwar die jüd. Heilstätte „Etania“.

— Der Schweizer. Israelitische Gemeindebund veröffentlicht eine Sammlung von Dokumenten betreffend: „Die vorübergehende Schächtbewilligung des Bundesrates vom 23. März 1918.“

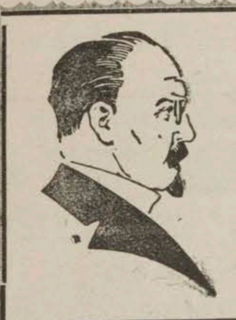
Diese Sammlung enthält neben einer einleitenden Orientierung der beiden bekannten Vorkämpfer für die Schächtsache, der Herren J. Dreyfus-Brodski und L. Bloch-Ross u. a. die Wiedergabe folgender Akten: Eingabe an den Bundesrat vom 1. März 1918 nebst einem Gutachten von Rab. Dr. Cohn in Basel. Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Schweizer. Bundesrates vom 23. März 1918, betreffend das Gesuch um Aufhebung des Schächtens. Kreisschreiben des schweizer. Justiz- und Polizeidepartements vom 17. Juni 1918. Eingabe d s Zentralvorstandes der Tierschutzvereine vom 1. Sept, 1919. Die hierauf neuerdings erfolgte Eingabe des Schweiz. Isr. Gemeindebundes vom 24. Okt. 1919 nebst einem Gutachten von Oberst Zimmermann. Sodann die Eingabe des Gemeindebundes vom 1. März 1920 nebst den Gutachten von Prof. Justus Gaule in Zürich, Prof. Dr. W. R. Hess in Zürich, Prof. Dr. O. Bürgi in Zürich. Ferner ist der Aktensammlung das Urteil des schweizer. Bundesgerichts vom 24. Okt. 1907 beigefügt.

— Der Kantonsrat Zürich hat am 18. Okt. 1920 den bisherigen Ersatzmann des Kassationsgerichs, Rechtsanwalt Dr. David Farbstein zum Mitglied des Kassationsgerichtes gewählt. In der gleichen Sitzung wurde Dr. Farbstein zum Mitglied der Obersteuer-Rekurskommission (Oberstes Verwaltungsgericht für Steuersachen) für eine neue Amtsdauer wiedergewählt. Dr. Farbstein war schon bis jetzt Mitglied und Vizepräsident dieser Kommission.


Lezithin
LEZITHIN-MILCH
SCHWEIZERFABRIKAT
FABRICATION SUISSE
FABBRICAZIONE SVIZZERA
TROCKENMILCH


Pelzwaren
Fourrures
P. Rückmar & Co
Zürich
ST. MORITZ-DORF DAVOS-PLATZ

Empfehlenswerte Firmen in Basel



Fragt den Arzt, was Ihr trinken sollt: Tee, Kaffee oder Tobler-Kakao — in Paketen mit der Bleiplombe. — Er ist Herz- und Nierenkranken sehr zuträglich und nährt besser als Ei und Milch. — Nur echt in Paketen mit der Bleiplombe von 100 gr 45 Cts., 200 gr 90 Cts., 400 gr Fr. 1.80, 1 kg Fr. 4.50.



Tapeten
Fritz Martin
Luzern, Kapellgasse 3

A. & A. Ambühl
Luzern
Kohlen, Torf, Brennholz aller Art - Büro Stadthausstrasse 3, Telephon 661 u. Lager: Güterstr., Tel. 1071



Anfertigung u. Aufarbeiten von
Steppdecken
Matratzen
Reinigen von Federzeug-Flaum, Federn, Barchent, Steppdeckensatin empf. höfl.
Frau Bechstedt
Wartstr. 21, beim Römerhof



Butterhaltiges
Kochfett
erster Güte!
In drei Qualitäten
A. B. C.
enthält neben Pflanzenfett nur reine Butter
Nur echt durch
H. Vetsch & Cie., Zürich
Versand in Packungen von 2½, 5 und 10 Kg. Teleph. Seln. 6896

Karpfen

lebend ½ kg Fr. 2.80
Felchen „ „ „ 2.40

Bratgänse, junge Enten
Suppenhühner, Tauben
billigste Tagespreise

Wurst- und Fleischwaren
Holländischer Cacao 100 gr 40 Cts.
Feine Kaffees, frisch geröstet
„ Thee, beste Qualität
Sämtliche Kolonialwaren
Weine und Liköre, nur Marken

BRANN
A.-G.
Lebensmittel - Abteilung III. Stock
Telephon Selnau 10.33

Einkellerung!

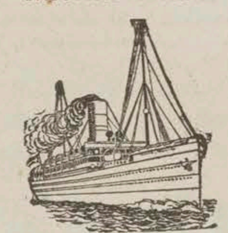
Kartoffeln, rote, Ia. Lagerware, p. 50 kg Fr. 9.—
„ weisse „ „ „ 50 „ „ 10.—
Zwiebeln, gelbe „ 50 „ „ 11.—
Aepfel, haltb. Sorten, p. 50 kg von Fr. 12.— an

Franko Keller Stadtrayon
od. franko Bahnhof Zürich

E. Seiler-Wanner, Zürich 5
Landesprodukte en gros
Konradstrasse 21 Telephon Seln. 4494

עברים! חשבו, קראו,
כתבו ודברו עברית

Transports et Voyages
Internationaux



J. BAUMELER
ALPENSTRASSE 7
LUZERN

Cigarren-Import
und VE RANDHAUS
LUZERN, Kapellplatz 1
HANS WIDMER-OTT
Qualitäts-Marken

Eier-Cognac
SENGLET
ist absolut rein
und wird vom Arzt empfohlen!
Ueberall vorrätig
in feinen Restaurants, Lebensmittel- u. Droguen-Geschäften
und Apotheken

Ia. Chianti Ltr. 2.— bis 2.50
Veltliner ¹/₁ Flasche 2.80

Macon sup. Ier. cru 3.50
Beaujolais (Moulin rouge) 3.75
Bordeaux St. Emilion 4.—

Clos de Montibeux 3.50
Etoile du Valais 3 50
Molignon (Fendant) 3.50
Dôle, Clos de Ravaney 4.—

Malaga, Rotgolden,
Garantiert 5 jährig, ¹/₁ Fl. 5.—
Portweine, (sehr alt)
Original Viliamil 6.—

E. Müller, Rennweg 16
(Magazin im Hinterhaus) Gegenüber Eden-Kino

Bücher
JÜD. BUCHHANDLUNG
Zürich 2 Brandschenkestr. 20

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Insertionspreis: Die viergespaltene Nonpareillezeile Fr. 1.20 — Druck von Kopp-Tanner, Zürich